

DemokratieDirekt

Forum der Initiative für mehr Demokratie Jg. 6/11
1/2007

Unterschreibe für das bessere Gesetz zur Direkten Demokratie !



unterschreibe ...
für Dich!
"Deine Stimme"

Hol Dir Deine Stimme zurück

Landtag + Volksentscheide
= Demokratie mit Zukunft"

Gegen das Trennen und
Geteiltwerden

Vogel friss, oder ...
Direkte Demokratie

Vertrauen
in die Bürgerinnen
und Bürger

Jetzt nehmen wir
die Demokratie
selbst in die Hand

ECHTE
VOLKSSENTSCHEIDE
GEGEN DAS
VERSAGEN DER POLITIK !

Keine Politik gegen
den Bürgerwillen

Unterschreiben oder schweigen ...

390223 Stimmberechtigte -
390223 Meinungen die zählen

WIRKLICHE
DEMOKRATIE
BRAUCHT
WIRKLICHE
MITBESTIMMUNG

mitentscheiden -
was sonst?

WEIL DAS
LAND SICH
ÄNDERN WILL"

DIE ZUKUNFT
GEHÖRT UNS ALLEN

Wollen Sie
entscheiden, wie Sie in
Zukunft mitentscheiden
wollen?

"bevors brennt,
entscheide mit"

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

Wir haben daran geglaubt, wir haben es erhofft, wir haben dafür gearbeitet – jetzt ist es endlich so weit: Die Demokratie in unserem Land setzt zu einem gewaltigen Sprung nach vorne an und es sieht wirklich so aus, als ob viele Menschen die Aufbruchstimmung spüren würden, dabeistehen und dazu Beifall klatschen, die darauf warten, endlich als mündige Bürgerinnen und Bürger zu gelten, um mit ihrem Sachverstand und mit ihrer Meinung in Volksabstimmungen ernst genommen zu werden.

Wir treten ein in eine Zeit, in der zunehmend eine gleichberechtigte Mitgestaltung des Gemeinwesens durch uns Bürgerinnen und Bürger möglich ist, in der das Volk direkt mitregieren wird – so, wie wir von der Initiative es uns seit 12 Jahren wünschen und wie es Menschen schon lange erstreben. Die Landesautonomie, die bis jetzt vor allem eine Autonomie der Landesregierung ist, wird zu einer Autonomie aller Menschen, die in diesem Land leben.

Fünf Volksinitiativen sind schon auf den Weg geschickt und bezeichnenderweise werten gleich zwei davon die entscheidende Frage auf: „Wie wollen wir in Zukunft mitbestimmen?“ Mit Hürden,

die schwerer oder leichter zu überspringen sind, mit oder ohne Mindestbeteiligung an der Abstimmung, mit oder ohne Zugriff auf Beschlüsse der Landesregierung, mit mehr oder weniger freier Unterschriftensammlung, mit mehr oder weniger Zeit dafür, mit oder ohne amtlich garantierte objektive Information, mit oder ohne Recht des Landtages einen eigenen Vorschlag zusammen mit einem aus dem Volk zur Abstimmung zu bringen.

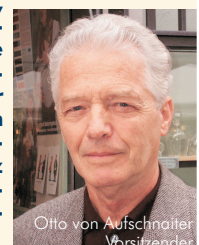
Das sind nur einige wenige, aber die wichtigsten Fragen. Auf sie sollen jetzt die Bürgerinnen und Bürger endlich selbst eine Antwort geben können. Sie sind es, die mitbestimmen wollen, sie sollen sagen können, wie das möglich sein soll. Diese Fragen sind so wichtig für das Funktionieren unserer Demokratie, dass es gut ist, wenn es mehrere Anläufe und Möglichkeiten gibt, eine gültige Volksabstimmung zustande zu bringen. Das ist aufgrund des geltenden Beteiligungsquorums von 40% alles eher als selbstverständlich. Und es ist auch gut, in solch wichtigen Fragen die Möglichkeit der Auswahl zu haben: Wollen wir das Beteiligungsquorum von 40% beibehalten, wollen wir eines von 15% oder keines? Wollen wir 8.000, 10.000 oder 13.000 Unterschriften sammeln müssen? Wollen wir Gesetze

und Beschlüsse der Landesregierung erst dann abschaffen können, wenn sie schon in Kraft sind, angewandt und ausgeführt werden können oder soll das Volk vorher befragt werden können, ob eine Entscheidung, die in seinem Namen getroffen wird, mehrheitlich angenommen wird und damit in Kraft treten kann?

Letztlich haben wir jetzt eine Situation, die vergleichbar ist mit jener 2004 im Landtag, als gemeinsam mit unserem Volksbegehrensgesetzesentwurf drei weitere Gesetzesentwürfe zur Direkten Demokratie zur Behandlung vorlagen. Damals ging es um eine entscheidende Erweiterung der Direkten Demokratie, heute hingegen geht es um eine notwendige Verbesserung ihrer Regeln. Kommen jetzt zwei Vorschläge zum gleichen Gegenstand zur Volksabstimmung, dann ist dies der Diskussion über die Regeln im Detail nur förderlich. Etwas Ähnliches im Zusammenhang mit dem Wahlrecht würde man sich nur wünschen.

Wie es mit dem Alleingang der Union für Südtirol auch weiter geht: Das Ziel kann sicher viel eher erreicht werden, wenn wir jetzt mit einer tiefer gehenden Meinungsbildung in der Bevölkerung, vor allem auch bei unseren italienisch- und ladinischsprachigen

Allzu menschliches Machtstreben, Machtmissbrauch, ein Landtag der Handaufheber, Fraktionszwang obwohl dieser gegen die Verfassung verstößt, allzu freizügiger Umgang mit Steuergeldern, der uns zu unfreiwilligem Frondienst zwingt, Bevormundung durch selbstherrliche Gewählte, ein Wahlrecht ohne die Möglichkeit parteiunabhängig Vorzugsstimmen zu vergeben und die Erfahrung, dass mehr Volksrechte erzieherisch zu mehr Verantwortung und Zufriedenheit führen, begründen meine Überzeugung: wir brauchen ein besseres Gesetz zur Direkten Demokratie.



Otto von Aufschneider
Vorsitzender

Was ist besser am besseren Gesetz?

Die Mängel des geltenden Landesgesetzes zur Direkten Demokratie	Was das Bündnis für das bessere Gesetz daran ändern will	Weitere wichtige Elemente des besseren Gesetzes zur Direkten Demokratie
Es fehlt die Zugriffsmöglichkeit mit dem einführnden Referendum (Volksinitiative) und dem bestätigenden Referendum zu Entscheidungen der Landesregierung von Landesinteresse (obwohl die Möglichkeit der Volksabstimmung über Verwaltungsakte vom Art. 123 der Verfassung vorgesehen ist).	Es wird die Möglichkeit der Volksabstimmung über jene Entscheidungen der Landesregierung eröffnet, die bestimmte Mindestausgaben mit sich bringen, große Umweltrelevanz haben und die Allgemeinheit betreffen. Damit können BürgerInnen auch über Großprojekte entscheiden.	Gleichberechtigung, wenn es darum geht die Menschen zu informieren
Die Zahl der zu sammelnden Unterschriften ist zu hoch. Die Sammelzeiten sind zu kurz. 13.000 Unterschriften sind nahezu das Doppelte der Unterschriftenzahl, die von einem anderen Landesgesetz (Landesgesetz für das bestätigende Referendum) bei Regierungsformgesetzen vorgesehen ist (7.500).	Die Zahl der Unterschriften wird bei Volksinitiativen (gesetzeseinführendes Referendum) auf 10.000 und bei Referenden (bestätigendes Referendum) auf 7.500 abgesenkt, was die derzeitige Einstiegshürde für das bestätigende Referendum über das Wahlgesetz und das Gesetz zur Direkten Demokratie des Landes ist.	Jede/r Stimmberechtigte hat das Recht, unabhängig von der Berichterstattung der Medien, objektiv über den Inhalt einer Abstimmung informiert zu werden; nicht anders als Landtagsabgeordnete, die alle Unterlagen zu einem Gesetzesvorschlag erhalten. Deshalb sehen wir vor, dass alle Stimmberechtigten 30 bis 40 Tage vor dem Abstimmungstag per Post ein amtlich erstelltes Heft zugeschickt erhalten, in dem sachlich korrekt die wichtigsten Informationen über den Gegenstand der Abstimmung selber und über das Pro und Contra objektiv dargestellt werden. Gleichberechtigung wird allgemein auch beim Zugang zu den Medien gewährleistet (<i>par condicio</i>).
Es fehlt das wichtige Instrument des "bestätigenden Referendums", mit dem die Bürger nach Verabschiedung eines Landesgesetzes oder eines Beschlusses der Landesregierung verhindern können, dass dies in Kraft tritt.	Es braucht das sog. bestätigende Referendum. Damit kann in einer Volksabstimmung entschieden werden, ob ein Gesetz des Landtags oder ein wichtiger Beschluss der Landesregierung überhaupt in Kraft treten soll.	Gleichberechtigung beim Einsatz von Geldern für die Werbung
Das Beteiligungsquorum von 40% der Wahlberechtigten ist viel zu hoch!	Aufgrund unterschiedlicher Positionen hat das Bündnis sich letztlich gemeinsam und demokratisch auf ein "unschädliches" Beteiligungsquorum von 15% geeinigt.	Wenn öffentliche Gelder verwendet werden, um im Hinblick auf eine Abstimmung für eine Position zu werben (z.B. mit Veranstaltungen oder Werbedrucke), dann müssen solche im gleichen Ausmaß der Gegenposition zur Verfügung gestellt werden.
Es fehlen Bestimmungen, die eine ausreichende amtliche und ausgewogene Information aller Wahlberechtigten gewährleisten können, z.B. das sog. Abstimmungsheft.	Jede/r Stimmbürger/in soll einen Monat vor der Abstimmung per Post ein Abstimmungsheft erhalten, worin die wichtigsten Informationen zur Abstimmung und das Pro und Contra sachlich erläutert werden.	Damit alle wissen, wer mit wieviel Geld dahintersteht
Es können keine Volksabstimmungen über Entscheidungen der Landesregierung nur in jenen Teilgebieten des Landes abgehalten werden, die besonders oder ausschließlich von den Auswirkungen solcher Vorhaben betroffen sind.	Auch wenn Großprojekte nur einen Teil des Landes betreffen, soll die Bevölkerung darüber abstimmen können (mindestens 10% der Bevölkerung oder mind. 10 Gemeinden).	Es ist nicht zu verhindern, dass auch finanzstarke Interessen das Instrument der Volksinitiative nutzen und massiv dafür werben können, während andere Volksinitiativen von nicht viel mehr als der Überzeugung von der Richtigkeit des Anliegens getragen werden. Wichtig ist dabei, dass die StimmbürgerInnen erfahren, wer mit wieviel Geld hinter einer Initiative steht. Deshalb sieht das bessere Gesetz vor, dass alle Geldgeber mit Beträgen über 5.000 Euro im Abstimmungsheft aufscheinen müssen.
Die Gehälter der Politiker sind derzeit der direkten Demokratie entzogen, obwohl dies von der Rechtsordnung her nicht nötig wäre.	Die Bürger/innen sollen selbst über die Entlohnung ihrer politischen Vertreter/innen entscheiden können.	<p>"Das bessere Gesetz" im Detail: www.dirdemdi.org</p>
Es wird dem Landtag keine Möglichkeit eingeräumt, bei einer Volksinitiative einen Alternativvorschlag zu formulieren und diesen mit zur Abstimmung zu bringen.	Der Landtag soll einen Alternativvorschlag mit zur Volksabstimmung bringen können, sodass die Bevölkerung sich zwischen zwei Gesetzentwürfen entscheiden kann.	
Die Gemeinden können keine Volksabstimmungen auf Landesebene erwirken.	Auch Gemeinderatsversammlungen von mind. 10 Gemeinden, die nicht weniger als 10% der Bevölkerung des Landes vertreten, sollen ein gesetzeseinführendes Referendum erwirken können.	
Die Möglichkeit der Unterschriftenbeglaubigung ist begrenzt auf Mandatsträger und einen kleinen Kreis von Beamten, Notaren und Friedensrichtern.	Jede wahlberechtigte Person soll sich vom Bürgermeister mit der Möglichkeit beauftragen lassen können, in der eigenen Gemeinde die Unterschriften der Wahlberechtigten zu beglaubigen.	

(folgt von Seite 1)

Mitbürgerinnen und Mitbürgern, die bei der Kampagne der Union unbeachtet geblieben sind, für unsere Volksinitiative mit einer guten Unterschriftensammlung das Recht auf Volksabstimmung erwirken.

Es gibt noch einen gewichtigen Grund dafür. Das Anliegen der Direkten Demokratie kennt keine Grenzen zwischen den Bürgerinnen und Bürgern, kein Aufteilen in Parteien oder Sprachgruppen. Diese Rechte stehen allen Bürgerinnen und Bürgern ungeteilt und jenseits aller Grenzen zu. Die Initiative für mehr Demokratie hat es von Beginn an, zusammen mit uneigennützig in der Gesellschaft wirkenden Organisationen und Personen, in einem solchen Geist vorangetragen. Auch jetzt stehen nicht weniger als 40 Organisationen hinter diesem Anliegen. Es ist unser aller ganz besondere Aufgabe, mit einem hervorragenden Ergebnis bei der Unterschriftensammlung diesen Geist lebendig werden zu lassen.

Stephan Lausch

Das bessere Gesetz zur Direkten Demokratie



Una legge migliore sulla democrazia diretta

La miaura lege per la democrazia diretta

Wenn Sie jetzt den Antrag auf Volksabstimmung über "Das bessere Gesetz zur Direkten Demokratie" unterschreiben, dann helfen Sie mit, dass im Jahr 2009 alle wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger in Südtirol in einer landesweiten Volksabstimmung entscheiden können, wie sie in Zukunft politisch direkt mit-

entscheiden wollen. Wenn an der Volksabstimmung mindestens 40% der Wahlberechtigten teilnehmen und der Vorschlag zum besseren Gesetz mehrheitlich angenommen wird, dann hat Südtirol eine der weltweit fortschrittlichsten

Regelungen der Direkten Demokratie. Dann können wir gleichberechtigt mit unseren politischen Vertretern in allen uns wichtigen Fragen auf faire und transparente Weise in Abstimmungen politische Entscheidungen treffen, auch darüber, ob in unserem Namen gefällte Beschlüsse rechtskräftig werden sollen.

Stimmen aus dem Bündnis



Zur Zeit ermächtigen sich weltweit die Bürgerinnen und Bürger selbst, angesichts der neoliberalen globalen Entwicklungen, welche nur mehr Rekordgewinne, maximale Ausbeutung der Natur und immer schärferen Standortwettbewerb als Ziele und eine weltweit wachsende Kluft zwischen Arm und Reich zur Folge haben. Deshalb engagiert sich die PPP dafür, die Gestaltung der Spielregeln für das Zusammenleben als wichtigste Aufgabe der direkten Demokratie dem Volk in die Hand zu geben. Global denken erfordert verantwortungsvolles lokales Handeln auch in Südtirol.

Christine Baumgartner, Plattform Pro Pustertal



Eine starke parteipolitische Domäne bedarf eines Gegengewichtes aus der Bürgerschaft. Mit dem bestehenden Gesetz zur Direkten Demokratie ist es auf Grund der hohen Quotenregelung kaum möglich, Änderungen durchzusetzen. Der Alpenverein setzt sich für ein neues, besseres Gesetz ein, damit er seinen kultur- und um-

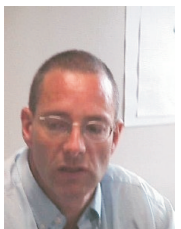
weltpolitischen Zielen verstärkt Nachdruck verleihen kann.

Luis Vonmetz, Erster Vorsitzender des Alpenvereins Südtirol

Der VKE unterstützt von Anfang an die Initiative für mehr Demokratie in Südtirol. Unser Verein hat sich immer als Bürgerinitiative verstanden und hat immer versucht, die Bedürfnisse der Kinder und der Familien im öffentlichen Raum aufzugreifen, die sonst von niemanden berücksichtigt wurden. In diesem Sinne haben wir das direktdemokratische Instrumentarium in unserem Verein ständig und täglich erlebt. Wir finden es eine notwendige Bereicherung der repräsentativen Demokratie, um zu versuchen, mit den heutigen Problemen fertig zu werden. Mehr Demokratie wagen kann uns nur Gutes bringen!



Anita Bozzetta, VKE



So wie der amerikanische Präsident Abraham Lincoln die Demokratie verstanden hat, so wünschen auch wir sie: „Die Demokratie ist eine Regierung durch das Volk und für das Volk“. Wenn dem so wäre, bräuchten wir nicht auf die Straße zu gehen, um uns gegen schleierhafte Vorhaben der Politik zu wehren. Eine ausgewogene Sachpolitik ist gefragt, bei welcher die Volksvertreter wieder angehalten werden, mit dem Volk zu diskutieren, die Vor- und Nachteile abzuwägen und den wahren Volkswillen zu vertreten. Derzeit scheint es, dass die Volksvertreter dem Volk erklären müssen, was ihm gut tut und nicht umgekehrt. Mit dem „besseren Gesetz zur direkten Demokratie“ muss diese Logik auf den Kopf gestellt werden.

Robert Holzer, AGO-Landessekretär (Gewerkschaft der Gebietskörperschaften)

Wenn Bürgerinnen und Bürger über wichtige Fragen entscheiden, kommen bessere Lösungen zustande. Ich vertraue auf die Menschen. Wir brauchen eine neue politische Kultur, eine Beteiligung möglichst

Vieler. Unterschiedliche Interessen und Konflikte sind konkret anzusprechen, nicht unter den Teppich zu kehren. So können bestimmte Lobbys nicht mehr ihre eigene Suppe kochen. Wenn es ein besseres Gesetz für Direkte Demokratie gibt, kann niemand mehr sagen: „Wir können eh nichts machen. Die da oben machen eh was sie wollen!“



Robert Hochgruber, Initiative für eine lebendigere Kirche



Eine demokratische Entscheidungsfindung ist ein langwieriger und anstrengender Prozess, der sicher zur besten Lösung führt, die jedoch nicht immer den Vorstellungen der Entscheidungsträger entspricht. Sind gewählte Volksvertreter während der Ausübung ihres Mandats gegen Fehlentscheidungen gefeit? Nein! Und deshalb braucht es ein BSESERES GESETZ; das den Bürgern die Möglichkeit gibt, ihre Meinung verbindlich kund zu tun.

Christine Pichler, Landessekretärin AGB/CGIL

Könnten Sie sich heute noch ein vierspuriges Betonmonster anstelle der Talferbrücke vorstellen? 1990 haben 20.000 BoznerInnen diese schon fix genehmigte und finanzierte „Autobahnbrücke“ in die Altstadt in letzter Minute verhindert. Ein Millionendesaster und zusätzliche Umweltbelastungen hätten uns 1998 die 35.000 BürgerInnen gegen den Flughafen ausbau erspart, wenn eine Volksbefragung möglich gewesen wäre. Heute dürfen wir uns diese Chance nicht entgehen lassen! BürgerInnen haben mehr Gespür und Verantwortung für die Zukunft als kurzfristig denkende „Macher“.



Martin Schweiggl, Landschaftsökologe, St. Jakob/Bozen



„Die Initiative Mobilität Meran“ (IMM) möchte in Meran und Umgebung eine Volksbefragung über verschiedene Möglichkeiten zur Lösung der Verkehrsprobleme abhalten. Dabei soll dem geplanten Straßen-Ausbau mit Küchelberg-Tunnel, die Verbesserung des öffentlichen Transports durch Tram-Bahn-Linien gegenübergestellt werden. Mit dem besseren Gesetz zur direkten Demokratie könnte diese Befragung offiziell stattfinden und hätte dadurch mehr politisches Gewicht. Deshalb unterstützt die IMM den neuen Gesetzesvorschlag.“

Liliane Trentinaglia, Initiative-Mobilität Meran

Immer wieder beobachten wir, dass gegen die Umwelt, die Landschaft und die geschichtliche Zeugnisse unseres Landes gesündigt wird. Dabei müssen wir leider feststellen, dass in diesem Punkt die zuständigen Politiker und Verwalter allzu häufig dem Druck von Einzelinteressen nachgeben. Ich bin daher überzeugt, dass die Bevölkerung selbst am besten die Werte der Heimat und die Lebensqualität verteidigen kann, wenn man ihr die Möglichkeit gibt, ihren Willen zum Ausdruck zu bringen. Aus



diesem Grunde begrüße ich die Volksinitiative zur Einführung eines Gesetzes, das eine wirkliche Mitentscheidung der Bürgerinnen und Bürger ermöglicht.

Dr. Peter Ortner, Vorsitzender des Heimatpflegeverbandes



Großprojekte (Brennerbasistunnel, Ausbau Pustertalstraße, Erweiterung Flughafen, Frizzi Au...) werden derzeit ohne Bürgerbeteiligung von den mächtigen Gewählten durchgezogen.

Wir wollen aber mitentscheiden und deshalb brauchen wir das Bessere Gesetz für Direkte Demokratie.

Das bisherige Gesetz ist kaum anwendbar, weil die Hürden eine Anwendung fast unmöglich machen und deshalb ruft der Dachverband für Natur- und Umweltschutz alle kritischen BürgerInnen auf, mit ihrer Unterschrift beizutragen, dass wir in Zukunft mitentscheiden können. Bei Großprojekten wollen und müssen wir mitentscheiden!

Roman Zanon, Vorsitzender Dachverband für Natur- und Umweltschutz

Im Zuge unserer Arbeit in der Transitinitiative haben wir immer wieder feststellen müssen, wie undemokratisch in Südtirol bei Großprojekten vorgegangen wird. Wenige bestimmen, alle zahlen. Nicht nur mit Steuergeld, auch mit massiven Einbußen an Lebensqualität. Mehr direkte Demokratie führt zu mehr Dialektik und Diskussion. Wer was erreichen will oder vom Steuerzahler einen Kredit möchte, braucht dann vor allem gute Argumente und kann sich nicht mehr hinter zementierten politischen Machtverhältnissen verstecken. Südtirol braucht wieder Gemeinsinn und Freude am Gestalten der Zukunft. Mehr Demokratie eben!



Markus Lobis, Sprecher der Transitinitiative Südtirol/Sudtirolo

Seit jeher engagiert sich die OEW gegen Ungerechtigkeit und soziale Missstände in aller Welt. Jede Stärkung von basisdemokratischen Strukturen dient dazu, solchen Missständen vorzubeugen, und verhilft dem Schwächeren zu seinem Recht auf Mitbestimmung.

Daher ist es uns eine Selbstverständlichkeit, jede diesbezügliche Initiative zu unterstützen, sei sie nun in Südtirol oder anderswo.

Andreas Penn, Vizevorsitzender der OEW Organisation für Eine solidarische Welt

Zumindest unvollkommen ist das Werk gewählter Politiker. Mehr denn je benötigen sie also unsere Unterstützung und Ergänzung. Aber erst ein verbessertes Gesetz zur Direkten Demokratie taugt als brauchbares Werkzeug für die vielen fachkundigen Kräfte in Südtirol und nicht zuletzt für das informierte, interessierte Volk. Dessen Legislaturbeginn unterstützen wir tatkräftig und mit unseren Glückwünschen.



Josef Gruber, Umweltschutzgruppe Vinschgau

Was kann ich tun, wo, wann, wie unterschreiben?

Die Volksinitiative für das bessere Gesetz zur Direkten Demokratie kann ab 20. März in jeder Gemeinde Südtirols unterschrieben werden. Wir haben bis zum 8. Juni 2007 Zeit, um die nötigen 13.000 beglaubigten Unterschriften zu sammeln, wollen aber so viel als möglich mehr sammeln, um das Interesse der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land an einer besseren Regelung der Direkten Demokratie deutlich werden zu lassen.

Sie können direkt im Sekretariat des Rathauses Ihrer Gemeinde zu den normalen Öffnungszeiten unterschreiben. In vielen Orten planen wir eigene Unterschriftenstände. Dort werden die Unterschriften von dazu berechtigten Personen (z.B. von Gemeinderätinnen und Gemeindebeamtinnen) beglaubigt. Näheres dazu aus der Tagespresse und auf unserer Webseite.

Wenn an Ihrem Heimatort eine Unterschriftensammlung ausserhalb des Rathauses, auf dem Dorfplatz, bei Märkten, Festen oder Veranstaltungen stattfinden soll, freuen wir uns, wenn Sie sich mit uns in Verbindung setzen. Wir können

dann gemeinsam einen Unterschriftenstand organisieren.

Jede Unterschrift ist wichtig. Mehr als 13.000 Unterschriften vorlegen zu können, wird großer Anstrengung bedürfen, aber ein großer Erfolg für die Demokratie in unserem Land sein. Im Unterschied zur Situation vor dem Inkrafttreten des jetzt geltenden und durch unser Volksbegehren von 2003 veranlassten Gesetzes, wird dieses Mal in einer landesweiten Volksabstimmung über unseren Vorschlag entschieden! Überzeugen Sie auch Angehörige und Freunde von der Wichtigkeit unserer Volksinitiative für das bessere Gesetz zur Direkten Demokratie.

Wenn Sie beim Unterschreiben in Ihrer Gemeinde auf Probleme stoßen, wenn Sie zu einzelnen Aspekten Klärung wünschen, wenn Sie vor Ort eine Unterschriftensammlung organisieren wollen, rufen Sie uns an oder mailen Sie uns:

Demokratische Notrufzentrale
Tel. 0471 324987
Mo-Fr 9-12.30 und 15-18 Uhr



alles über die Volksinitiativen: www.dirdemdi.org

einfach bei der Initiative für mehr Demokratie Mitglied werden!

Kontakt & Info

T+F 0471 324987, info@dirdemdi.org

unsere Bankverbindung: Raiffeisenkasse Bozen
IT53V 08081 11600 000300010332

Initiative für mehr Demokratie
(anerkannt als *Voluntariatsorganisation*)
Silbergasse 15, 39100 Bozen,

Impressum

Herausgeber Initiative für mehr Demokratie /Iniziativa per più democrazia
Redaktion Thomas Benedikter, Karl Berger, Stephan Lausch, Sybille Tezzele Kramer
Layout Stephan Lausch
Fotos Hanna Battisti, Stephan Lausch, Plattform Pro Pustertal
presserechtlich verantwortlich: Hanna Battisti
Vorsitzener der Initiative für mehr Demokratie: Otto von Aufschneider
DemokratieDirekt ist beim Landesgericht Bozen unter der Nr. 8/2002 eingetragen.

Erscheinungsort: Bozen
Auflage: 11.000
Druck: Tipografia Alto Adige

Ihre Daten werden ohne Ihre Einwilligung an niemanden weitergegeben und ausschließlich von der Initiative verwendet. Wie vom Gesetz Nr. 675 vom 31.12.1996 vorgesehen, können Sie jederzeit in Ihre von uns gespeicherten Daten Einsicht nehmen, Ihre Änderung oder Ihre Löschung verlangen. Verantwortlich für deren vertrauliche Behandlung ist Stephan Lausch.

Das Bündnis für mehr Demokratie

**"Wir wollen, dass das Volk in einer
Volksabstimmung selbst entscheidet,
wie es in Zukunft mitentscheiden will!"**

ACLI
AGO Autonome Gewerkschaftsorg. der örtl. Körperschaften
ALU Arbeitsgemeinschaft Lebenswertes Unterland
Arche B Verein für umwelt- und menschengerechtes Bauen und Leben
ASGB
Associazione ambiente e salute/Verein Umwelt und Gesundheit
AVS Alpenverein Südtirol
Belgische Stiftung WIT
Bund Alternativer Anbauer
Bund der Genossenschaften/Lega delle Cooperative
CGIL/AGB
Cittadinanza attiva
Comitato per la difesa e il rilancio della Costituzione
Dachverband für Natur- und Umweltschutz
democracy international
Filmclub
Frauenforum/forum delle donne/forum dle eres
GS Gewerkschaft der Landesbediensteten
Initiativgruppe für eine lebendige Kirche
Heimatpflegeverband
IMM/Initiative Mobilität Meran
Katholischer Familienverband
Landesbeirat für Chancengleichheit
Lia per natura y usanzas
Mehr Demokratie e.V.
OEW Organisation für Eine Welt
Plattform Pro Pustertal
SGB/CISL
sh/asus HochschülerInnenschaft
Südtiroler Jugendring
Südtiroler Transitiinitiative Südtirol/Sudtirolo
Umweltgruppe Bozen
Umweltschutzgruppe Vinschgau
Umweltschutzgruppe Eppan
Umweltschutzgruppe Ulten
Verbraucherzentrale Südtirol/CTCU
VKE
Ilse Waldthaler Stiftung
WWF Meran

SPENDENAUFTRUF

**Keine Kampagne ohne Geld...
keine Volksinitiative ohne Kampagne...
und ohne Volksinitiative bleibt die Direkte
Demokratie so wenig brauchbar, wie es ihre
derzeitigen Regeln sind!**

Ja, es ist auch eine Frage der finanziellen Möglichkeiten, wie und ob wir es schaffen, dass genügend Südtirolerinnen und Südtiroler die Volksinitiative für das bessere Gesetz zur Direkten Demokratie mit ihrer Unterschrift unterstützen. Damit das geschieht, müssen die Menschen informiert werden, sie müssen erfahren können, worum es geht und was sie tun können, um mitzumachen. Denn je mehr Menschen sich für Direkte Demokratie einsetzen, desto eher wird dieses Ziel erreicht. So wie jede Unterschrift für die Volksinitiative zählt, so zählt auch jede Spende, jeder Unterstützungsbeitrag, jeder Mitgliedsbeitrag.

Verlassen Sie sich nicht darauf, dass irgend jemand schon irgend etwas tun wird: Helfen Sie jetzt ganz persönlich mit Ihrer Spende mit, eine effiziente Kampagne für die Volksinitiative zu ermöglichen. Wir sind darauf dringend angewiesen! Der Beitrag ist steuerlich absetzbar, Sie erhalten auf Nachfrage eine Spendenbescheinigung.

Wir bedanken uns bei all jenen, die uns bis zu diesem wichtigen Schritt mit kleineren und größeren Spenden unterstützt und begleitet haben. Ohne Euch wären wir jetzt nicht hier, wo wir stehen: mit der neuen Volksinitiative, die Bürgerinnen und Bürger entscheiden zu lassen, wie sie in Zukunft mitentscheiden wollen.

Wenn Sie uns in dieser besonders intensiven Phase die Arbeit finanziell erleichtern wollen: Sie können **5 Promille Ihrer Einkommenssteuer für mehr Demokratie** im Lande investieren. Sie können die Initiative für mehr Demokratie als begünstigte Organisation angeben, indem Sie im dafür vorgesehenen Feld unterschreiben und die Steuernummer der Initiative (940 588 90214) angeben. **Herzlichen Dank!**